



Öffentliche Sitzung
des Gemeinderates
der Gemeinde Grasbrunn
vom 23.03.2021

TOP 4.1

Beantwortung der Anfragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.02.2021 und Sachstandsmitteilung, Gemeindlicher Breitbandausbau

Mit Schreiben vom 23.02.2021 stellte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Anfragen zum gemeindlichen Breitbandausbau. Es soll der aktuelle Stand des im November 2020 bekanntgegebenen Planungskonzeptes dargestellt und ein langfristiger Zeitplan für die nächsten 5 Jahre beschlossen werden.

Das Konzept besteht aus den folgenden Phasen:

1. Dokumentation des IST-Zustandes
2. Durchführung einer Markterkundung
3. Grobplanung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung / Darstellung des förderfähigen Gebiets
4. Gesonderte Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen
5. Entscheidungsvorlagen für den Gemeinderat
6. Ausschreibung
7. Ausbau

Die Verwaltung hat unter Einbeziehung von Fördermitteln die Punkte 1 – 5 beauftragt. Aktuell arbeitet das Planungsbüro an den Phasen 1 – 3. Ein zweites Planungsbüro wurde mit der Phase 4 beauftragt.

Die Dokumentation des IST-Zustandes ist noch nicht vollständig abgeschlossen.

Das Markterkundungsverfahren wurde gestartet (voraussichtlicher Abschluss Juni 2021).

Vor jeder Beihilfengewährung bzw. vor Beantragung von Fördermitteln für den späteren Ausbau von Glasfaser, muss der Antragsteller zwingend eine Markterkundung durchführen, um die Ausbaupläne privater Netzbetreiber für die nächsten drei Jahre abzufragen und sicherzustellen, dass der staatliche Eingriff nicht zu einer Überlagerung bestehender Infrastruktur oder zur Hemmung privater Investitionen führt. Dazu sind Anbieter durch öffentliche Bekanntmachung aufzufordern, innerhalb eines Zeitraums von mindestens 8 Wochen zu erklären, ob in dem bezeichneten Gebiet bereits ein Next Generation Access-Netz (NFGA-Netz) betrieben wird oder innerhalb der nächsten drei Jahre im zu versorgenden Gebiet ein Aufbau eines NGA-Netzes erfolgt.

Sobald die Punkte 1 – 4 abgeschlossen sind, werden dem Gemeinderat detaillierte Entscheidungsvorlagen bereitgestellt. Die Entscheidungsvorlagen werden dem Gemeinderat voraussichtlich im Sommer 2021 vorgelegt. Ein langfristiger Zeitplan für die nächsten 5 Jahre sollte erst dann zur Diskussion kommen.